

POSITIONEN ZUM GEBÄUDEENERGIEGESETZ

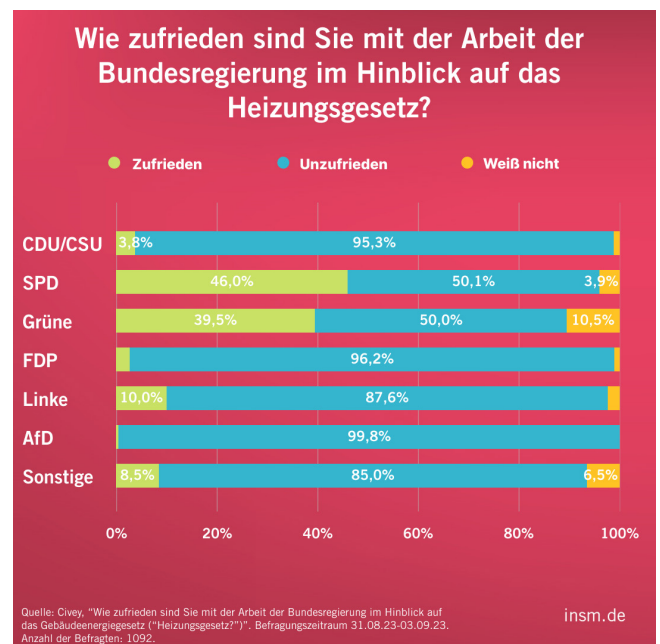
Die Ampel-Koalition will ihr Gebäudeenergiegesetz (GEG, „Heizungsgesetz“) unverändert in Kraft treten lassen.

Aus diesem Grund hat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft das Meinungsforschungsinstitut Civey mit einer repräsentativen Umfrage beauftragt, die Anfang September bei knapp 1.100 Personen durchgeführt wurde, die eine Gas- oder Ölheizung nutzen. Im Ergebnis gibt es bei einer großen Mehrheit Ablehnung gegen die Pläne der Regierung, selbst unter den Grünen-Anhängern.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE:

1. Die Menschen sind unzufrieden mit dem Agieren der Bundesregierung in Sachen Heizungsgesetz

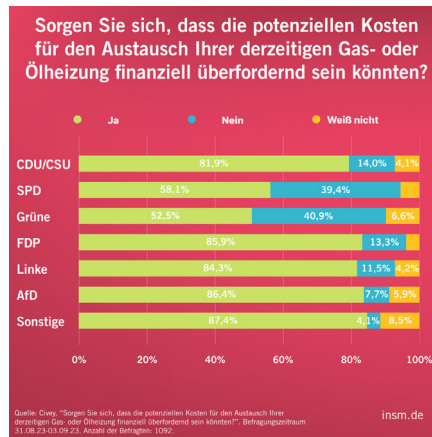
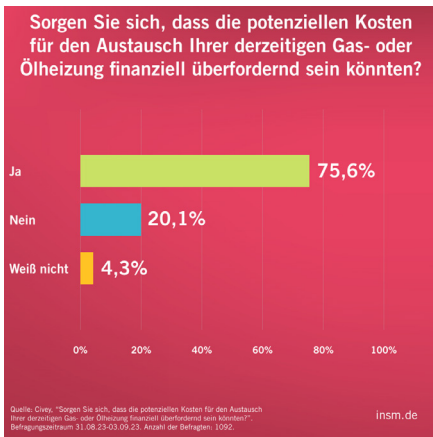
Über 80 Prozent der befragten Öl- und Gasheizungsbesitzer geben an, mit der Arbeit der Bundesregierung am Gebäudeenergiegesetz unzufrieden zu sein. 70 Prozent sind gar nicht zufrieden: ein katastrophales Zeugnis, das sich quer durch die Anhängerschaften aller Parteien zieht. Denn selbst unter den befragten Wählern der Grünen gibt eine Mehrheit an, nicht zufrieden mit der Arbeit der Ampelkoalition beim GEG zu sein. Noch schlechter sieht es bei den Wählern der Koalitionspartner SPD und FDP aus. Letztere sind sogar noch unzufriedener als die Wähler von CDU/CSU.



2. Es besteht eine große Sorge vor dem Heizungstausch

Ein Grund für diese Unzufriedenheit liegt sicher in der Sorge vor dem Heizungstausch. Denn die ist hoch: Dreiviertel der Befragten geben an, dass sie durch die entstehenden Kosten eines möglichen Austauschs ihrer bestehenden Öl- oder Gasheizung finanziell überfordert wären. Auch hier gibt es wieder klare Mehrheiten durch alle Wählerlager.

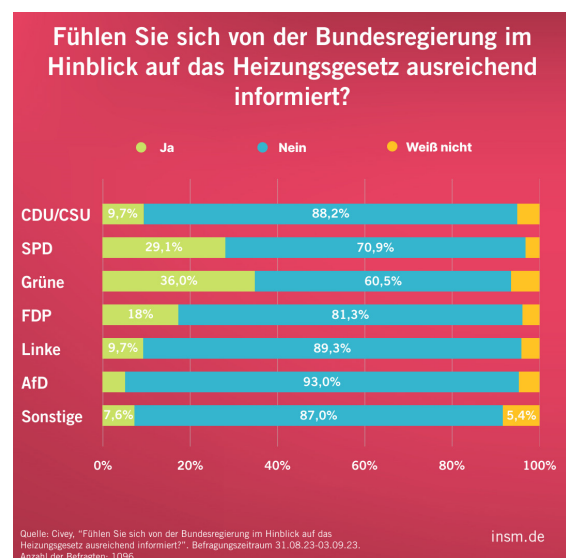
Diese Sorge ist sicher auch ein Grund für die Zurückhaltung bei Plänen zum Heizungstausch: Knapp 70 Prozent der Befragten gaben an, aktuell nicht den Austausch ihrer Öl- oder Gasheizung durch eine klimafreundliche Alternative zu planen.



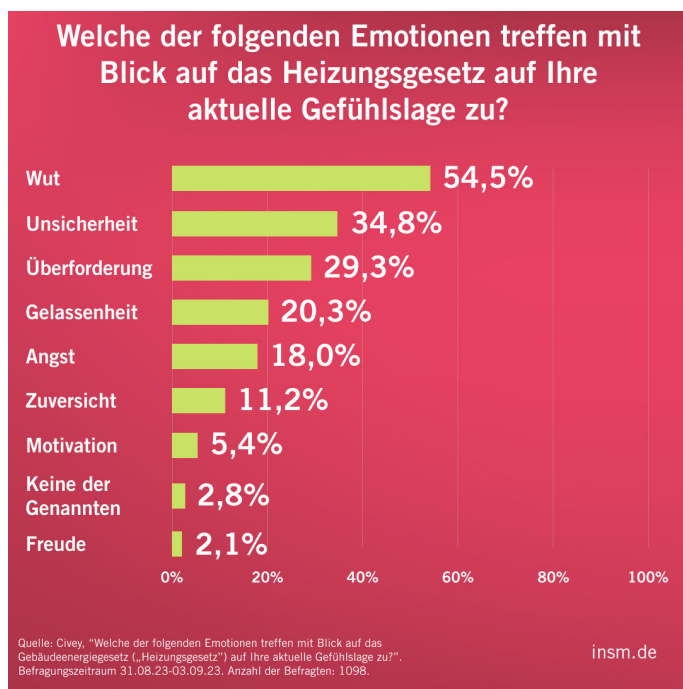
3. Es herrscht ein Mangel an Information

Mehr als 80 Prozent der Befragten fühlen sich nicht ausreichend durch die Bundesregierung über das Gebäudeenergiegesetz informiert. Zwei Drittel gaben sogar an, dass die Informationen auf keinen Fall ausreichend sind: ein klares Zeichen dafür, dass die Menschen sich bei diesem Gesetz nicht ausreichend einbezogen fühlen.

Selbst unter den Wählern der drei in der Bundesregierung vertretenen Parteien sagen die deutlichen Mehrheiten, dass die Informationen der Bundesregierung nicht ausreichen — eine schlechte Note für die Ampel von ihren eigenen Wählern.



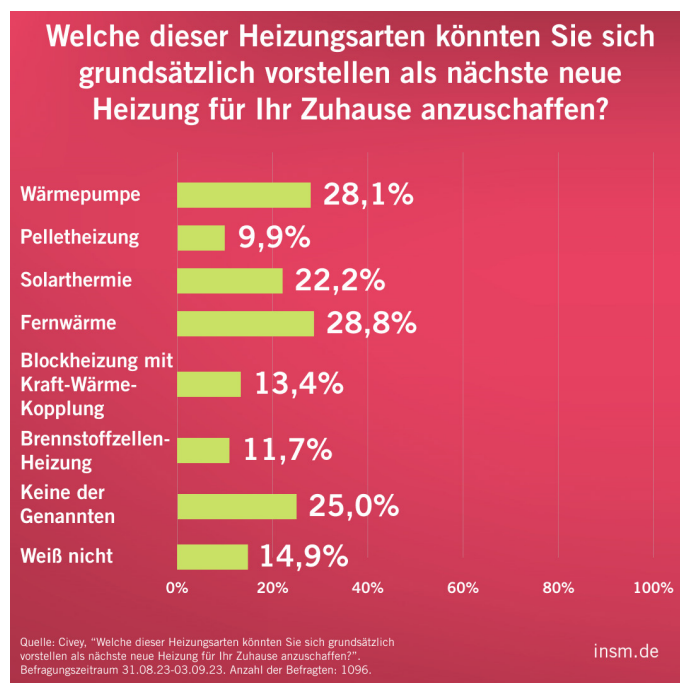
4. Das Gesetz sorgt für starke Emotionen bei den Betroffenen



Wut, Unsicherheit, und Überforderung — diese Gefühle hinterlassen die Pläne der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz bei den Befragten. Aus unserer Sicht ein besorgniserregendes Ergebnis, das klar zeigt, welcher soziale Sprengstoff in dem Gesetzesvorhaben steckt. Zuversicht, Motivation und Freude, also die Gefühle, die man bräuchte, um gemeinsam die große Aufgabe der Energiewende zu bewältigen, rangieren mit einstelligen Werten auf den drei letzten Plätzen.

5. Die Menschen verstehen auch ohne politische Gängelung die Zeichen der Zeit

Denn obwohl das Gebäudeenergiegesetz von einer großen Menge der Befragten abgelehnt wird, ist die grundsätzliche Einstellung der Menschen sehr im Sinne der Klimaziele: Knapp 29 Prozent der Befragten können sich vorstellen, ihr Haus ans Fernwärmenetz anzuschließen. Für uns ein klares Signal, dass Bund, Länder und Kommunen hier mehr leisten müssen. Denn aktuell verfügen gerade einmal 14 Prozent der deutschen Haushalte über einen Anschluss ans Fernwärmenetz. Auf Platz 2 mit gut 28 Prozent, nur knapp hinter der Fernwärme, liegt die Wärmepumpe. Und auch Solarthermie findet guten Anklang.



DAS IST NATÜRLICH NICHT ALLES. ALLE WEITEREN INFORMATIONEN AUS UNSER BEFRAGUNG FINDEN SIE [HIER](#).

UNSERE DREI POSITIONEN ZUM GEBÄUDEENERGIEGESETZ

1. Sofortiger Stopp des GEG:

Das GEG in der jetzigen Form ist nicht zustimmungsfähig. Es muss abgelehnt oder wenigstens vertagt und massiv überarbeitet werden. Der jetzige Entwurf verunsichert und überfordert die Menschen und verringert die Akzeptanz für Klimaschutz. Er ist in der Wirkung teuer und unpraktikabel. Die Vermeidungskosten für CO₂ durch das Gesetz sind um ein Vielfaches höher als bei marktwirtschaftlichen Lösungen wie dem Emissionshandel. Aus unserer Sicht ist gar kein Gesetz erforderlich. Wenn man dennoch klimafreundliche Heizungen gesetzlich regeln will, sollte man allein auf Entbürokratisierung bei Einbauten und ggf. auf zielgerichtete Förderprogramme für Personen, die sich den Einbau nicht leisten können, konzentrieren.

2. Früherer Start des nationalen Emissionshandels in den Sektoren Verkehr und Wärme:

Die derzeitige nationale CO₂-Bepreisung allein reicht nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen. Ein früherer Start des nationalen Emissionshandels in den Sektoren Verkehr und Wärme bereits im Jahr 2025, anstatt wie bislang vorgesehen erst im Jahr 2026, könnte dazu beitragen, den Anreiz zur Reduzierung von Emissionen im Gebäudesektor zu erhöhen und könnte gleichzeitig helfen, die Integration des nationalen Handels in den im Jahr 2027 startenden EU-weiten Emissionshandel für diese beiden Sektoren frühzeitig vorzubereiten.

3. Schnelle Umsetzung eines Klimageldes aus den Einnahmen des Emissionshandels:

Es ist wichtig, dass die Einnahmen aus dem Emissionshandel für die soziale Ausgewogenheit verwendet werden. Die Menschen sollen spüren, dass sich Klimaschutz auch finanziell lohnt und nicht nur alles teurer macht. Die Einführung eines Klimageldes, das aus den Einnahmen des Emissionshandels stammt und den Bürgern pro Kopf ausgezahlt wird, würde Klimaschutz sozialverträglich machen und die Akzeptanz für klimafreundliche Maßnahmen steigern.

MEHR ZUM THEMA:

ÖkonomenBlog @INSM

HEIZUNGSVERBOT: MILLIONEN KÖNNTEN ZU VERLIERERN WERDEN!

Mit der Reformierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) würde der Einbau von Öl- und Gasheizungen in den kommenden Jahren faktisch verboten werden, sowohl im Neubau als auch als Ersatz für alte Heizungen: Laut Gesetzesentwurf soll jede neu eingebaute Heizung zu mindestens 65 Prozent mit Hilfe von erneuerbaren Energien betrieben werden. Dies würde den Einbau von Heizungen, die ausschließlich auf Basis fossiler Brennstoffe betrieben werden, künftig ausschließen.

[ZUM BEITRAG](#)



PROF. DR. MANUEL FRONDEL
Leiter des Kompetenzbereichs Umwelt
und Ressourcen am Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung